

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 4. Juli 2024 / RC
VL_IFF

Elektronischer Versand: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll die SPK-N-Motion [19.3008](#), welche eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg fordert, umsetzen. Das Gesetz soll dem Bund ermöglichen, dem Institut für Föderalismus nach freiem Ermessen Finanzhilfen zu gewähren. Die Finanzhilfen werden jeweils für einen Zeitraum von höchstens vier Jahren gewährt. Die Finanzhilfen dürfen a) in jedem Tätigkeitsbereich nicht höher als die Hälfte der vorgesehenen Ausgaben und b) nicht höher als der Teil der vorgesehenen Ausgaben, der nicht durch andere Finanzierungen gedeckt ist, sein. Gemäss parlamentarischen Debatten beläuft sich der Finanzierungsbedarf derzeit pro Jahr auf 200'000 Franken für nationale Tätigkeiten und auf 600'000 bis 1'000'000 Franken für internationale Tätigkeiten. Der Bund würde also maximal für 400'000 bis 600'000 Franken pro Jahr aufkommen.

Zwar legt die FDP. Die Liberalen Wert auf den Föderalismus als zentraler Erfolgsfaktor des politischen Systems der Schweiz, lehnt die Vorlage aber ab. Erstens ist der Bund bereits heute an Projekten des Instituts für Föderalismus sowie an den Grundkosten der Universität Freiburg und damit auch am Institut finanziell beteiligt. Zweitens ist es nicht Aufgabe des Bundes, die Grundfinanzierung eines einzelnen Instituts sicherzustellen. Drittens sind die vorgesehenen Subventionen insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Bundes kritisch zu beurteilen. Momentan gilt es, den Bericht der Expertengruppe Gaillard zur Überprüfung der Aufgaben und Subventionen des Bundes abzuwarten – nicht neue Subventionen einzuführen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer